

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 358

Anton Rauscher

Ist die Soziale Marktwirtschaft gefährdet?

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Themen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Gesellschaft und Politik

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Ehe und Familie

Bioethik, Gentechnik und Ökologie

Entwicklung und Frieden

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 021 61/8 15 96-0 · Fax 021 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2009

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2121-9

Wir müssen Gott dankbar sein dafür, dass nach der Katastrophe von 1945 der Wiederaufbau in Westdeutschland im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft erfolgte. Daran waren Politiker wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard und Wissenschaftler wie Walter Eucken, Franz Böhm und Wilhelm Röpke maßgeblich beteiligt. Über die Parteigrenzen hinweg war man sich einig, dass die kapitalistische Klassengesellschaft von vor 1933 nicht mehr wiederkehren dürfe. Die bürgerlichen Parteien wollten aber auch kein sozialistisches Wirtschaftssystem, das in der Sowjetunion, in der DDR und in den osteuropäischen Ländern den Menschen aufgezwungen wurde und das weder wirtschaftlich leistungsfähig noch sozial gerecht war. Der Architekt der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, setzte sich schon 1946 dafür ein, dass die neue Wirtschaftsordnung nicht einem Marktautomatismus überlassen bleiben dürfe, sondern auf den Grundwerten der Freiheit und der Gerechtigkeit errichtet werden müsse. Diese Auffassung kam einer geistigen Revolution gleich. Nicht irgendwelche Automatismen des Marktes und ebenso wenig eine von der Staatsmacht verordnete Ideologie sollten die entscheidenden Grundlagen des Wirtschaftens sein, sondern die geistig-sittlichen Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit sollten die Ordnung tragen, um „Wohlstand für alle“ zu schaffen, wie Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft verstand.

In der heute kaum noch vorstellbaren Not der Nachkriegsjahre stand Westdeutschland vor dem Wiederaufbau des völlig zerrütteten Gemeinwesens. Viele Bürger zweifelten, ob dieses Ziel jemals erreicht werden könnte. Ludwig Erhard musste die Soziale Marktwirtschaft gegen vielerlei Widerstände im Deutschen Bundestag und in der Gesellschaft durchsetzen. Die Arbeiter waren in ihrer großen Mehrheit skeptisch und ablehnend; sie hielten die Soziale Marktwirtschaft eher für eine leere Worthülse, für eine soziale Beruhigungsspielle. Ihr Denken war noch immer bestimmt von den früheren Ideologien. Sie waren auch dann noch zurückhaltend, als nach der Währungsreform (1948) und der Einführung der Deutschen Mark erstmals wieder Güter auf freien Märkten angeboten wurden und sogar auf die Lebensmittelmarken verzichtet werden konnte. Entscheidend für die Zustimmung der Arbeiterschaft wurde die Erfahrung, dass die Reallöhne und mit ihnen die Kaufkraft – wenn anfangs auch nur sehr langsam – anstiegen, dass die Produktion in den wichtigen Sektoren wieder in Gang kam und die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnung sich besserte, dass schließlich die sozialen Sicherungssysteme tragfähig zu werden begannen. Schon bei der zweiten Bundestagswahl 1953, besonders aber 1957, als CDU und CSU die absolute Mehrheit gewannen, änderte sich bei vielen Arbeitern die Parteipräferenz.

Die SPD, die lange Zeit mit der Sozialen Marktwirtschaft auf Kriegsfuß stand und überzeugt war, dass diese Ordnung die ungeheure Notsituation nicht wenden werde, musste im Godesberger Programm (1959) nachziehen.

Der Grundwert der Freiheit

Was den Grundwert der Freiheit betrifft, so war seine Erfahrung nach den langen Jahren der Nazi-Diktatur sowie der Weimarer Zeit, in der der Parteienstreit und die Klassengesellschaft dominierten, von unschätzbarem Wert. Dies galt zunächst für den Bereich der Wirtschaft. Die Bürger erkannten rasch den Unterschied zwischen freien Märkten, auf denen sie die Güter und Dienste, die sie benötigten und suchten, auswählen und kaufen konnten, und den gelenkten Märkten, auf denen das Angebot beschränkt war und oft Mangel an lebenswichtigen Gütern herrschte. In den kommunistisch regierten Staaten mussten die Bürger auf hochwertige Konsumgüter wie Waschmaschinen oder Autos lange Jahre warten. Auch wenn sich nach 1989/90 viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern mit der Sozialen Marktwirtschaft zunächst schwer taten, so wurden sie doch bald vertraut mit dem größten Vorzug der freien Märkte, dass hier die Qualität der Güter infolge des Wettbewerbs der Anbieter im Vergleich zu den gelenkten Märkten in der Regel ungleich besser war.

Freiheit wird auch erfahrbar in der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl. Sie wurde möglich, weil die Zahl der Arbeitsplätze seit den 1950er Jahren gewaltig anstieg. Freiheit wird erfahren besonders in der Tarifautonomie, wonach die Löhne und Arbeitsbedingungen von den unmittelbar Beteiligten, von den Arbeitgebern/Unternehmern und von den Arbeitnehmern/Gewerkschaften, unabhängig von staatlicher Einflussnahme ausgehandelt werden. Freiheit wird nicht zuletzt von den Arbeitnehmern erfahren, wenn sie Teile ihres Verdienstes, die sie nicht zur Lebensführung benötigen, sparen und frei darüber verfügen und das Leben ihrer Familie gestalten können.

Der Grundwert der Freiheit wird aber nicht nur in der Wirtschaft und auf den Märkten erfahren, sondern ebenso im Bereich der Meinungs- und Redefreiheit. Die Gängelung und Indoktrination, die ständige Überwachung in den Diktaturen vergifteten das Zusammenleben der Menschen und ließen überall Misstrauen wachsen. In der Demokratie besitzt jeder die Freiheit, sich zu entfalten, seine Auffassungen und Einschätzungen, seine sozialen, politischen und religiös-weltanschaulichen Überzeugungen zu leben und auf die Gestaltung der gesellschaftlichen und staatlichen

Verhältnisse entsprechend einzuwirken. Das Grundgesetz – die Grundlage unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates – verbürgt die umfassende Freiheit, die jede menschliche Person besitzt und die ihr von keiner Macht, weder vom Staat noch von gesellschaftlichen Mächten wie Interessenorganisationen oder Massenmedien, genommen werden darf. Der Gegensatz zur Diktatur und zur Klassengesellschaft könnte nicht größer gedacht werden.

Mit dem Grundwert der Freiheit ist untrennbar die sittliche Verantwortung der Menschen verbunden. Die Verantwortungsethik ist mehr und etwas anderes als eine Nutzenrationalität, die den größten Vorteil für sich selbst sucht und dies als „Freiheit“ deklarieren möchte. Verantwortung bedeutet in erster Linie Eigenverantwortung, auch für Fehlentscheidungen und ihre Folgen; sodann Verantwortung für den „Nächsten“ und alle, mit denen ich zusammen lebe und arbeite.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Freiheit heute gelebt wird, hat dazu geführt, dass sie zwar im Bewusstsein und in der Erfahrung der Menschen lebendig ist, ihre Bedeutung für die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft aber zu wenig beachtet wird. Man beruft sich auf die Freiheit, wenn man seine berechtigten oder vermeintlichen Ansprüche durchsetzen will. Es wird jedoch kaum darüber nachgedacht, wie sehr das gesamte soziale Leben von diesem Grundwert bestimmt wird, ob im Guten oder im Schlechten. Auch ist das Bewusstsein, inwieweit die Freiheit in unserem Gemeinwesen durch Monopole und Machtkonzentrationen, durch die Macht von Großunternehmen oder von straff organisierten Gewerkschaften oder durch Machteinflüsse des Staates gefährdet wird, erheblich unterentwickelt.

Der Grundwert der Gerechtigkeit

Ganz anders steht es um den Grundwert der Gerechtigkeit, der in der öffentlichen Diskussion eine dominierende Rolle spielt, so sehr, dass man meinen könnte, die Gerechtigkeit sei in der Sozialen Marktwirtschaft der Grundwert, auf den es schlechthin ankommt. Mit der Gerechtigkeit kam für Alfred Müller-Armack das Soziale, die Wirtschaftsgesellschaft, überhaupt die Einbettung des Menschen in die Gesellschaft und in den Staat in den Blick. Der einzelne Mensch kann sich nur entfalten „inmitten der Gesellschaft“, um an ein Wort von Heinrich Pesch, dem Begründer des „christlichen Solidarismus“ zu erinnern. Während die Freiheit die individuelle Eigenart der menschlichen Person betont, bringt die Gerechtigkeit zum Ausdruck, dass der Einzelne sich nur in der Gemeinschaft entfalten

kann und deshalb der Gemeinschaft auch verpflichtet ist. Zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft besteht eine wechselseitige Abhängigkeit und Zuordnung: Nur wenn es der Gemeinschaft gut geht, kann auch der Einzelne sich entwickeln. Gerechtigkeit bedeutet, dass die Entfaltung des Einzelnen an die Entwicklung der Gemeinschaft gekoppelt ist. Gerechtigkeit zielt darauf ab, dass der soziale Zusammenhang in einer Gesellschaft nicht auseinander gerissen wird, sei es in Klassen, sei es in Gegensätze von Arm und Reich, sei es in einen kleinen Teil, der über alle Möglichkeiten der Partizipation verfügt, und einen großen Teil, der faktisch davon ausgeschlossen ist.

Es war das Verhängnis des individualistischen Zeitalters, dass die Gemeinschaft und das Soziale völlig außer Blickweite geriet. Der „Self-Made-Man“ wurde zum Ideal des Wirtschaftsliberalismus. Die Gesellschaft war nur noch eine Summe von Individuen, die sich auf den Märkten als Anbieter und Nachfrage begegneten und dabei ihren höchstmöglichen Nutzen verfolgten. Für soziale Verantwortung und soziale Pflichten war im Laissez-faire-Liberalismus wenig Raum. Das war der Nährboden für die „soziale Frage“ im Industriezeitalter. Für soziale Strukturen der Gerechtigkeit, die die neue Wirtschaftsweise so dringend gebraucht hätte, um einer Spaltung der Gesellschaft und der Verelendung der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, war kein Platz. Wenn Müller-Armack zusammen mit der Freiheit die Gerechtigkeit als die beiden Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft postulierte, beinhaltete dies eine Revolution des Denkens und Handelns. Diese Rückbesinnung auf die sittlichen Grundlagen der Wirtschaft hat es den katholischen Sozialwissenschaftlern und den katholischen Verbänden erleichtert, nach 1945 einen Zugang zur Sozialen Marktwirtschaft zu finden. Wenn heute einzelne Ideologen der Sozialen Marktwirtschaft das Etikett „neoliberal“ anhängen wollen, um sie zu diskreditieren, dann zeigt dies nur, dass sie nach wie vor in Schablonen denken und bis heute nicht verstanden haben, wie sehr sich diese Wirtschaftsordnung vom alten Wirtschaftsliberalismus unterscheidet.

Heute ist viel von „sozialer Gerechtigkeit“ die Rede. Dabei geht es fast ausschließlich um „Verteilungsgerechtigkeit“, um die Einkommens- und Vermögensverteilung. Es wird leicht übersehen, dass der Grundwert der Gerechtigkeit, auf dem die Soziale Marktwirtschaft aufbaut, nicht auf partielle Felder begrenzt ist, sondern auf das Gesamtgefüge von Wirtschaft und Gesellschaft abzielt. Soziale Gerechtigkeit erstreckt sich nicht nur auf Löhne und Gehälter oder auf die Leistungen der verschiedenen Alterssicherungssysteme; sie umfasst die differenzierten Voraussetzungen ebenso wie die Investitionen, die in der Industriegesellschaft von

großer Bedeutung sind. Ähnliches gilt für die Beschäftigten, je nachdem, ob sie für Kinder zu sorgen haben oder nicht. Soziale Gerechtigkeit ist auch nicht gleichbedeutend mit Chancengleichheit, weil Menschen mit geringeren Fähigkeiten sich schwer tun, die Chancen, die sich ihnen wie allen anderen bieten, zu nutzen. Genau hier kommt der Sozialstaat zum Tragen, der ein „menschenwürdiges Leben“ aller, gerade auch der Benachteiligten sichern soll.

Die Grundwerte der Freiheit und der Gerechtigkeit sind nicht Gegensätze und auch keine kommunizierenden Röhren, als ob mehr Freiheit zu Lasten der Gerechtigkeit ginge und umgekehrt. Der Staat, der die Rahmenordnung der Wirtschaft vorgibt, muss darauf achten, dass beide Grundwerte im Vollzug von Wirtschaft und Gesellschaft wirksam bleiben.

Das Übel der Arbeitslosigkeit

Seit Ausgang der 1960er Jahre sprach man vom „Wirtschaftswunder“. In der Bevölkerung verbreitete sich die Auffassung, der erreichte Wohlstand und ein jährliches Wachstum der Produktivität und der Einkommen gehören zur Normalität der Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschaftswissenschaften erweckten zudem den Eindruck, man verfüge auch über die Mittel und Wege, um jederzeit eine größere Rezession mit erhöhter Arbeitslosigkeit bekämpfen, ja ihr rechtzeitig vorbeugen zu können.

Einen Dämpfer erhielten diese Erwartungen, als nach der ersten Ölkrise mit autofreien Sonntagen (1973) die Bundesregierung unter Helmut Schmidt die Erfahrung machen musste, dass staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme entgegen den wirtschaftspolitischen Positionen in den Lehrbüchern nicht in der Lage waren, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Dieses Erzübel der Industriegesellschaft stieg bis 1982 auf zwei Millionen Arbeitslose an. Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft war zwar noch nicht erschüttert, aber angeschlagen. Dann kam 1989/90 die Wiedervereinigung und viele dachten, das Wirtschaftswunder, das sich in Westdeutschland ereignet hatte, ließe sich jetzt beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern wiederholen. Dieser Stimmung verlieh Bundeskanzler Helmut Kohl Ausdruck, als er von den „blühenden Landschaften“ sprach.

Seit der Jahrtausendwende wurde immer deutlicher, wie schwierig und langwierig es sein würde, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Osten, die bei der Wiedervereinigung nur etwa 30 Prozent der westdeutschen Produktivität ausmachte, allmählich zu steigern. Man realisierte, dass massiver Geld- und Finanztransfer die notwendige Neuorientierung, auch

im Verhalten der Menschen, nicht automatisch nach sich zieht. Als die Arbeitslosigkeit im Winter 2005/06 auf ein Rekordhoch stieg und in den Massenmedien von nun an mit Vorliebe die Abstände und Gegensätze zwischen „Arm“ und „Reich“ diskutiert wurden, änderte sich die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft bei vielen Bürgern. Woran liegt es, dass nach Umfragen in den letzten drei Jahren die Soziale Marktwirtschaft erheblich an Zustimmung in der deutschen Bevölkerung eingebüßt hat? Wie ist es möglich, dass die Kritik und die Vorbehalte gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in den früher kommunistisch regierten Ländern vor allem bei den Parteifunktionären zum politischen Repertoire gehörten, wieder hoffähig wurden und die 1989 aufgebrochene Sehnsucht nach Freiheit überlagerten, ja dass die alten Parolen selbst bei Bürgern im Westen verfangen? Wie kommt es, dass die führenden Vertreter der Partei „Die Linke“ trotz den Erfahrungen mit dem kommunistischen System inzwischen auch in einigen Landtagen in Westdeutschland sitzen und, ohne rot zu werden, das Versagen der totalitären Kommandowirtschaft in einen Vorzug von Gleichheit umdeuten und die Menschen vergessen machen wollen, dass von dieser „Gleichheit“ nicht die Bevölkerung, sondern vor allem die Klasse der Parteifunktionäre profitiert hatte? Und wie ist es möglich, dass nicht wenige Bürger im Westen diese Falschmünzerei auch noch glauben?

Die Vernachlässigung der Mittelschichten

Die innere Abkehr vieler Bürger von der Sozialen Marktwirtschaft kann freilich nicht allein dem Übel der Massenarbeitslosigkeit zugeschrieben werden. Kein Land Europas war in den letzten beiden Jahren bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgreicher als die Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn da und dort andere Statistiken präsentiert werden, so kann man den Rückgang der Arbeitslosigkeit von fast fünf auf drei Millionen nicht leugnen, zumal er sich nicht nur in den süddeutschen Ländern, sondern in allen Bundesländern, wenn auch in unterschiedlichem Grad, vollzogen hat. Der Schaffung von fast zwei Millionen Arbeitsplätzen verdanken wir es, dass die Beitragszahlungen an die Sozialversicherungen anstiegen, dass auch die Haushaltsdefizite beim Bund, bei den Ländern und bei den Kommunen wenigsten teilweise abgebaut werden konnten. Im Übrigen muss hier auch bedacht werden, dass jeder zusätzliche Arbeitsplatz eine Kapitalausstattung voraussetzt, die von den Unternehmen und Betrieben bereitgestellt wurde. All dies war und ist nur möglich, weil die deutsche Wirtschaft quantitativ und qualitativ zulegte.

Eines ist durch den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht erreicht worden: Die höhere Produktivität und die steigenden Erträge kamen den Mitarbeitern in den Betrieben nur zu einem geringen Teil zugute. Im Gegenteil: Die Große Koalition stand vor der Aufgabe, die jährlich beständig anwachsende Neuverschuldung der öffentlichen Kassen unter allen Umständen wirksam zu bekämpfen. Deutschland hatte gegen den EU-Vertrag verstoßen; es drohten harte Strafmaßnahmen. Die massive Anhebung der Mehrwertsteuer, die Streichung der Pendlerpauschale, die Abschaffung der Wohnungsbauförderung, die Verminderung der Sparerfreibeträge, die Erhöhung der Abgaben vor allem bei den Kommunen, die exorbitanten Preissteigerungen besonders für Energie: Bezahlt hat dies in erster Linie die leistungsstarke breite Mittelschicht. Sicherlich wurden im Zuge der Hartz IV-Reformen auch die Sozialleistungen neu geordnet. Aufs Ganze gesehen aber verstärkte sich bei denen, die mit ihrer Arbeit für den Produktivitätszuwachs sorgten, das Gefühl, dass der wirtschaftliche Aufschwung an ihnen vorbeigegangen sei.

Hinzu kam, dass die Große Koalition Steuerentlastungen beschloss, die vor allem den Großunternehmen zugute kamen. Dafür gab es gute Gründe, weil Deutschland auch in Zukunft auf ausländische Investoren angewiesen ist und nicht daran interessiert sein kann, dass diese Investoren mehr und mehr in Ländern Osteuropas oder Asiens tätig werden. Es stellte sich aber die Frage, ob das Bündel der genannten Maßnahmen einigermaßen stimmig und ausgewogen auf die verschiedenen Gruppen verteilt wurde. Versäumt wurde eine Steuerreform, die dem Arbeitnehmer „mehr Netto vom Brutto“ belässt; auch die Änderungen im Familienlastenausgleich gingen in die falsche Richtung.

Hier muss noch ein weiterer Stein des Anstoßes genannt werden. Das, was viele Arbeitnehmer in Wut versetzte und das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft schwer beschädigte, waren auch die Verhaltensweisen und Praktiken von Vorständen und Aufsichtsräten einiger Großunternehmen. Sie hatten glänzend verdient und waren stolz auf die Milliardengewinne; im gleichen Atemzug kündigten sie den Abbau der Belegschaften an. Hier ist ein neues Zerrbild des Unternehmers entstanden, als ob es ihm nur um den Gewinn, nur um die Börsennotierung gehe, die Arbeitnehmer aber nur als nützliche Arbeitskräfte zählen, die, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, nach Hause geschickt werden. Viel Vertrauen, das die Menschen in die Soziale Marktwirtschaft gesetzt hatten, ist hier verloren gegangen, ebenso der Glaube, dass es den Unternehmen und den Unternehmern nicht nur um den wirtschaftlichen Erfolg auf den Märkten gehe, sondern in erster Linie um die Menschen, primär um die eigenen

Arbeitnehmer und ihren Familien, sodann um die Zulieferer und Abnehmer. Es hatte lange gedauert, bis sich dieses Vertrauen nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet und die Einstellung der Bürger zur Marktwirtschaft positiv verändert hatte. Und jetzt? Das Wort von den „Heuschrecken“ machte die Runde und vergiftete das soziale Klima. War nicht mehr die Bedarfsdeckung des Volkes an Gütern und Diensten das Ziel der Wirtschaft, sondern die pure Geldgier zur Antriebskraft geworden?

Die Finanzmarktkrise

Als die Immobilienkrise im Sommer 2007 in den USA ausbrach und rasch die in diesem Bereich tätigen Banken und Finanzinstitute erfasste, dachte man in Europa und in den aufstrebenden Ländern Asiens, die Wirtschafts- und Finanzstrukturen seien stark genug, um nicht in diesen Sog zu geraten. Alle Schichten der Bevölkerung der Industrieländer waren berauscht von den ungeheuren Möglichkeiten des Fortschritts und des Wachstums, die die Globalisierung und der weltweite Handel mit sich brachten. Diese Intensivierung der globalen Beziehungen hat sich nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums in den 1990er Jahren entwickelt. Die multinationalen Unternehmen nutzten die neuen Möglichkeiten und fingen an, ganze Produktionszweige in Länder mit niedrigen Lohnkosten zu verlagern. Sie sorgten dafür, dass die Gewinne dort versteuert wurden, wo die Steuern niedrig sind, und die Schulden dort verrechnet wurden, wo die größten Subventionen zu holen waren. Dieses Vorgehen wurde von der Wirtschaft als „marktkonform“ angesehen, ohne dass die damit verbundenen sozialen Belastungen und Fehlentwicklungen hinterfragt wurden. Auch für die beteiligten Staaten zählten nur die ökonomischen Vorteile.

Die Einführung des Euro, die ohne Zweifel zu den großen Errungenschaften unserer Zeit gehört, trug wesentlich zur Stabilisierung der Währungs- und Finanzsysteme in der Europäischen Union und auch weltweit bei: Man wähnte sich auf der Straße des unbegrenzten Fortschritts, auf der es nur noch aufwärts gehen könne. Vergessen war die Anfälligkeit des modernen Börsenhandels für riskante Spekulationen, die bereits 1995 zum Zusammenbruch der britischen Barings Bank geführt hatten. Der Finanzmakler Nick Leeson hatte in Singapur rund 820 Millionen Pfund Sterling in den Sand gesetzt. Schon damals hätten verantwortungsbewusste Unternehmer und Manager, Banker und Börsianer, Volks- und Betriebswirte Alarm schlagen und sich Gedanken über entsprechende Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen machen müssen. Nichts derglei-

chen geschah. Auch von den Politikern, die eigentlich für die Rahmenordnung der Wirtschaft und für das Gemeinwohl zuständig sind, hörte man keine warnenden Stimmen.

Die Banken, insbesondere die Investmentbanken, die Hedge-Fonds und die Finanzinvestoren wurden besonders in den Jahren 2003 bis 2007 immer erfinderischer darin, auf welche neue Weise das Geld- und Kreditvolumen ausgeweitet und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes rund um den Globus erhöht werden könnte. Hier sind die vielfältigen Verbriefungen zu nennen, bei denen Kredite gebündelt und an andere Banken weiterverkauft wurden. Dazu gehören auch die sogenannten „Derivate“, auf die man Wetten abschließen kann, ob ihre Kurse an den Börsen steigen oder fallen; oder die „Leerverkäufe“, bei denen man darauf spekuliert, dass die Aktie eines Unternehmens fällt; oder manche „Zertifikate“, Schuldverschreibungen der Banken, die im Falle einer Insolvenz nicht „gesichert“ sind. Man hat dabei glänzend verdient und die Renditeerwartungen in der Wirtschaft, vor allem bei Großunternehmen und Banken, sind steil nach oben gegangen. Hinzu kommt, dass die Rating-Agenturen den hochriskanten spekulativen Geldgeschäften meist Bestnoten zuerkannten und damit die Käufer in die Irre leiteten. Es ist eine riesige Luftblase, eine Scheinwelt entstanden.

Der Vertrauensverlust

Die Immobilienkrise hat im Sommer 2008 auf die Finanzmärkte in den USA durchgeschlagen und – mit etwas Verzögerung – auch die entsprechenden Märkte in Europa und auf der ganzen Welt erreicht. Die Finanzkrise ist freilich nicht vergleichbar mit jener Krise, die im Gefolge des New Yorker Börsenkrachs von 1929 die Weltwirtschaft erschütterte. Damals gingen viele Unternehmen in Konkurs und die Arbeitslosigkeit kletterte auf immer neue Rekordstände. Der Sozialstaat war im Vergleich zu heute schwach entwickelt und nur bedingt in der Lage, die ungeheure Not der Arbeiter und ihrer Familien aufzufangen. Demgegenüber ist heute die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft, die die Banken, Sparkassen und Finanzinstitute gewährleisten sollen, in Mitleidenschaft gezogen.

Die reibungslose Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kapital ist aber eine Grundbedingung, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Die Haushalte brauchen Geld und gegebenenfalls Kredite, um ihren laufenden Bedarf an Gütern und Diensten zu decken. Noch mehr sind Unternehmen und Betriebe darauf angewiesen, dass Banken und Sparkassen ihnen Kre-

ditlinien einräumen und Darlehen zu maßvollen Zinssätzen anbieten, um bei Bedarf das Eigenkapital durch Fremdkapital zu ergänzen. Die Kredite werden dann zurückgezahlt, wenn die Güter auf den Märkten verkauft sind und der erwirtschaftete Erlös ausreicht, um alle Verbindlichkeiten abzudecken. Auch die staatlichen und kommunalen Einrichtungen bedienen sich immer wieder der Kreditfinanzierung, wenn die Einnahmen nicht ausreichen.

Warum geriet nun die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft ins Stocken? Viele Amerikaner, die sich ihren Traum vom eigenen Haus mit Hilfe von Bankkrediten verwirklicht hatten, konnten die aufgenommenen Kredite nicht oder nicht rechtzeitig zurückzahlen. Viele hatten auch mit Wertsteigerungen ihres Hauses gerechnet, was ihre Kreditwürdigkeit angehoben hatte. Da die Banken und Finanzinstitute das Geld von den Hausbesitzern nicht zurückbekamen, blieben sie zusehends auf „faulen Krediten“ sitzen. Desgleichen hatten sich die Investmentbanken und die Hedgefonds weltweit in großem Stil engagiert; in ihren Tresoren lagern Wertpapiere, die jedoch ihren „Wert“ verloren haben und die niemand mehr kaufen will. Sie hätten nur dann neue Kredite vergeben können, wenn ihnen frisches Kapital zugeflossen wäre. Anstatt ihr Vermögen aufzustocken, wuchs bei vielen Bürgern die Sorge: Wie sicher ist mein Geld? In England bildeten sich bei den angeschlagenen Banken lange Schlangen derjenigen, die ihr Ersparnis abholen wollten. Banken hatten das Vertrauen ihrer Sparer verloren.

Um in dieser Situation eine katastrophale Zuspitzung zu vermeiden, beschlossen die Regierungen in den USA, in Deutschland, auch in anderen Ländern Europas, einzugreifen und eine Staatsgarantie für die Sparguthaben und Vermögen zu geben. Hier war wirklich Feuer am Dach und die Regierungen besannen sich darauf, dass sie für das Gemeinwohl die primäre Verantwortung tragen.

Aber auch zwischen den Banken und Finanzinstituten, die sich bei Bedarf wechselseitig Geld geliehen hatten, war mit der Krise das Vertrauen geschwunden. Wie konnte eine Bank der anderen noch Geld leihen, wenn sie nicht sicher sein konnte, dass sie das Geld und die vereinbarten Zinsen wieder erhalten würde und nicht auf wertlosen Verbriefungen sitzen bliebe? Das Vertrauen – eine Kategorie, die lange Zeit weder in Lehrbüchern noch in der Praxis eine Rolle spielte – wurde wieder entdeckt. Bis heute ist das Vertrauen nicht im erforderlichen Umfang zurückgekehrt, obwohl die Bundesregierung ein Rettungsprogramm über 480 Mrd. Euro für Banken, davon 400 Mrd. Euro für Bürgschaften, durchsetzte. Auch nach einem halben Jahr ist die Finanzmarktkrise noch nicht überwunden.

Hinzugekommen ist seit dem letzten Quartal des Jahres 2008 die Krise der Realwirtschaft, die schon jetzt ein Ausmaß angenommen hat, wie es sich niemand hätte vorstellen können.

Hat die Soziale Marktwirtschaft versagt?

Nicht nur die amerikanischen und britischen, sondern auch deutsche Banken und Finanzinstitute haben in der Krise Milliarden-Verluste erlitten. Die öffentliche Diskussion konzentriert sich auf die Frage: Was ist schiefgelaufen? Wo liegen die Ursachen für den Kollaps der Finanzmärkte? Viele neigen dazu, die Bankmanager und Finanzmakler für die Krise verantwortlich zu machen. Bei näherem Zusehen stellt man überrascht fest, dass die ungeheueren Verluste nicht nur bei den privaten Banken wie der Commerz- oder Dresdner Bank, der Deutschen Bank oder der Hypo Real Estate entstanden sind, sondern ebenfalls, wenn nicht noch stärker, bei den staatlichen Landesbanken (WestLB, BayernLB, SachsenLB u. a.) sowie bei der Deutschen Industriebank IKB. Auch sie sind höchst riskante Geschäfte eingegangen, obwohl sie in Anbetracht der staatlichen Mittel zu größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit verpflichtet gewesen wären und dem Wohl des Landes hätten dienen sollen. Die Vorstände und die Aufsichtsräte, denen viele Politiker angehören, haben hier eine entsprechende Umsicht vermissen lassen.

Hat also die Soziale Marktwirtschaft versagt? Zeigen nicht die Rettungsschirme, die der Staat über die Finanzmärkte ausspannen musste, dass die Marktwirtschaft vielfach nicht mehr in der Lage ist, mit der Krise fertig zu werden? Haben womöglich jene Recht, die unsere Wirtschaftsordnung als „liberal“ oder „neoliberal“ diskreditieren und die Finanzkrise dazu bemühen möchten, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft neu zu bestimmen? Der Staat soll nicht mehr nur die Rahmenordnung sichern, sondern auch die Arbeitsplätze und die Investitionen festlegen. Jeder, der sich noch an die Zustände in den kommunistisch beherrschten Ländern erinnert, weiß, dass nicht nur die Freiheit, sondern auch der Wohlstand auf dem Spiel steht. Wir brauchen nicht eine neue Wirtschaftsordnung, wohl aber eine Besinnung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Erneuerung.

Die Stärkung der persönlichen Haftung

Die Finanzmarktcrise, die in dieser Form bisher ohne Beispiel ist, hängt mit Entwicklungen in der Wirtschaftsgesellschaft zusammen. In der An-

fangsphase der Industrialisierung waren die Fabriken von Eigentümer-Unternehmern geführt. Der Eigentümer der Firma war voll verantwortlich; er haftete mit seinem persönlichen Vermögen für die wirtschaftlichen Entscheidungen. Dies änderte sich mit dem Aufkommen der Aktiengesellschaften. Die einzelnen Aktionäre haften nicht mit ihrem persönlichen Vermögen, sondern nur mit dem Anteil, den sie in den Kauf von Aktien gesteckt haben und dessen Kurswert an der Börse steigen oder fallen kann. Die Aktionäre sind Kapitalgeber und Eigentümer. Die Unternehmerfunktion, d. h. die planenden und leitenden Funktionen, übernehmen dagegen die Führungskräfte, also die Direktoren, denen gewöhnlich ein Stab von leitenden Angestellten zur Seite steht. Schon Joseph Höffner wies darauf hin, dass die Unternehmerfunktion weder in der ausführenden Arbeit noch im Tragen des Eigentumsrisikos liege, sondern in der Führung des Unternehmens. Die ethischen Qualitäten dieses Unternehmertyps seien u. a. fachliche Vortrefflichkeit, schöpferische Kombinationsgabe, reale Phantasie, die Witterung für zukunftssträchtige Entwicklungen, das Talent im Koordinieren und eigenständige Tatkraft.

Das Auseinandertreten der Eigentümer- und der Managerfunktionen hat sich immer mehr ausgeweitet. Während der Eigentümer-Unternehmer, der für seine wirtschaftlichen Entscheidungen mit seinem Vermögen haftet, eher zu einer langfristigen und vorsichtigen Abschätzung der Chancen und Risiken neigt, sind Manager vor allem an kurzfristigen Gewinnchancen interessiert und deshalb auch bereit, höhere Risiken einzugehen, zumal sie für Misserfolge nicht mit ihrem Privatvermögen einzustehen haben. Dies gilt in verstärktem Maße für die Bankmanager, Finanzmakler und Börsianer, die oft nur kurze Zeit für ein Finanzinstitut arbeiten.

Die Haftung der Eigentümer gehört zur sozialen Ordnungsfunktion des Privateigentums. Sie bewirkt, dass der Eigentümer nur diejenigen Risiken einzugehen pflegt, die für ihn und seine Vermögens- und Arbeitsposition tragbar sind. Die soziale Ordnungsfunktion des Privateigentums sorgt dafür, dass der Eigentümer „verantwortlich“ handelt und hohe Risiken scheut, die ihn ruinieren könnten. Die Haftung bewahrt ihn davor, sich wie ein Spieler zu verhalten. Je weniger Spieler und je geringer die Spielermentalität in einer Gesellschaft sind, umso solider werden die wirtschaftlichen Entscheidungen sein, was auch der Belegschaft zugute kommt.

Manager werden für Erfolge mit Belohnungen („Boni“) bedacht, wohingegen sie für Misserfolge nicht gerade stehen müssen, sondern womöglich noch mit einem „goldenen Handschlag“ honoriert werden. Hier gehen steigende Renditeerwartungen und eine immer größere Risikobereit-

schaft eine unheilvolle Verbindung ein. Die Trennung von Eigentum und Haftung hat dazu geführt, dass häufig die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden. Vordringlich ist eine Besinnung auf den Zusammenhang von Eigentum und Haftung, der zu den Fundamenten der Sozialen Marktwirtschaft gehört und der, wo immer das möglich ist, wieder hergestellt werden muss.

Die Verantwortung des Staates

Dass der Staat und die internationale Staatengemeinschaft nicht zusehen können, wie sich die Finanzmarktkrise womöglich zu einer Katastrophe auswächst, ist für alle Beteiligten klar. In solchen Situationen muss der Staat als Garant des Gemeinwohls eingreifen. Auch die Soziale Marktwirtschaft, die auf den vom Staat geschaffenen „Rahmenbedingungen“ beruht, ist auf dieses Handeln des Staates angewiesen. Das Geld- und Kreditwesen, in dem die Banken, Sparkassen und Finanzinstitute tätig sind, ist ein wichtiger, zugleich ein besonders empfindlicher Bereich, der schon unter normalen Bedingungen der staatlichen Aufsicht untersteht. Offensichtlich hat die Kontrolle des Staates versagt, weil sie nicht rechtzeitig die Problematik der ungeheuren Ausweitung des Kreditvolumens („virtuelles Geld“) und die zum Teil kriminelle Energie der Börsenspekulanten erkannt und Maßnahmen zu ihrer Bändigung ergriffen hat. Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat versagt, sondern der Staat, der den genannten Bereich nicht rechtzeitig in die rechtliche Ordnung einbezogen hat.

Es gibt Kräfte und Strömungen, die die Finanzmarktkrise für eine grundsätzliche Schwerpunktverlagerung im Verhältnis von Wirtschaft und Staat nutzen wollen. Linke Politiker sprechen sich für eine Verstaatlichung der Banken aus. Dies wäre das Ende der Sozialen Marktwirtschaft, weil wir dann die wirtschaftliche Freiheit in den Kamin schreiben könnten. Können wir im Ernst mit der Wiederkehr einer sozialistischen Staatswirtschaft liebäugeln? Stattdessen müssen wir dafür sorgen, dass der Staat die Fehlentwicklungen im Geld- und Kreditwesen beseitigt und dann schleunigst zu der ihm eigenen Aufgabe zurückkehrt, die rechtliche Rahmenordnung im Interesse der Freiheit und der Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Nicht weniger problematisch sind Überlegungen, ob und wie der Staat Unternehmen, die infolge der Krise in Schwierigkeiten geraten sind, helfen soll. Seitdem die Aufträge, vor allem aus dem Ausland, und somit die Exporte eingebrochen sind, nimmt die Arbeitslosigkeit sowie die Kurzar-

beit in einigen Industriezweigen beträchtlich zu. Damit wächst der Druck auf die Bundesregierung und auf die Landesregierungen, ähnlich wie bei den Banken und Finanzinstituten über die bedrohten Unternehmen Schutzschirme aufzuspannen. Die Betriebsräte der betroffenen Unternehmen setzen sich verständlicherweise für staatliche Hilfen ein, seien es Bürgschaften, seien es finanzielle Beteiligungen des Staates, die verschiedene Formen annehmen könnten. Zusätzlich üben die Massenmedien Druck auf die Politiker aus, die obendrein in einem Wahljahr um die Wählerstimmen werben müssen. Das Argument für staatliche Interventionen ist jeweils die Erhaltung der Arbeitsplätze, die in einer Zeit der Krise einen noch höheren Stellenwert bekommt als sonst.

So sehr der Staat bestrebt sein muss, eine möglichst hohe Beschäftigung zu sichern, so muss sich eine Politik, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, doch auch der Frage stellen, ob die Güter, die ein Unternehmen herstellt, auf den Märkten auch gekauft werden. Arbeitsplätze, die Güter für die Halbe produzieren, sind auf jeden Fall zu vermeiden; das Geld der Steuerzahler – das sind auch die Industriearbeiter – darf nicht zum Fenster herausgeworfen werden. Damit die Bürger die Zusammenhänge verstehen, müssen ihnen die Politiker die Gründe für entsprechende Entscheidungen erklären, sodass sie diese nachvollziehen können und den Sinn der Sozialen Marktwirtschaft wieder erfassen. Und man muss dem Bürger auch die Folgen von falschen Entscheidungen nahe bringen. Dann könnten auch die Parolen und Illusionen, mit denen Ideologen zu arbeiten pflegen, leichter durchschaut werden.

Grundsätzlich muss sich der Staat bemühen, ein guter und gerechter Anwalt des Gemeinwohls zu sein. Aber der Staat kann nicht den Unternehmer ersetzen, der in einer hochentwickelten Wirtschaft die unternehmerischen Entscheidungen fällen muss. Was das Verhältnis von Staat und Wirtschaft betrifft, so hat Papst Johannes XXIII. in der Sozialenzyklika *Mater et Magistra* (1961) zu Recht gemahnt: „Die Sorge des Staates für die Wirtschaft, so weit und so tief sie auch in das Gemeinschaftsleben eingreift, muss dergestalt sein, dass sie den Raum der Privatinitiative der einzelnen Bürger nicht nur nicht einschränkt, sondern vielmehr ausweitet ...“ (Nr. 55).

Zur Person des Verfassers

Dr. theol., Dr. h. c. mult., lic. phil. Anton Rauscher, Professor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach.